



**Stadt Leverkusen**

Antrag Nr. 2021/0414

**Der Oberbürgermeister**

I/01-011-20-06-he

**Dezernat/Fachbereich/AZ**

09.02.2021

**Datum**

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Datum</b>	<b>Zuständigkeit</b>	<b>Behandlung</b>
<b>Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren</b>	01.03.2021	Beratung	öffentlich
<b>Rat der Stadt Leverkusen</b>	22.03.2021	Entscheidung	öffentlich

**Betreff:**

Stabiler Internetzugang auch für alle Schülerinnen und Schüler in den Unterkünften für Geflüchtete

- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 19.01.2021

**Anlage/n:**

0414 - Antrag



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Mülheimer Str. 7A · 51375 Leverkusen

Stadt Leverkusen  
Herrn Oberbürgermeister Uwe Richrath  
Friedrich-Ebert-Platz 1  
51373 Leverkusen

**Fraktion im Rat der Stadt Leverkusen**

**Marc Nohl**  
Geschäftsführer  
Geschäftsstelle  
Mülheimer Str. 7A  
51375 Leverkusen  
Tel.: +49 (214) 50 33 08  
Fax: +49 (214) 5 84 17  
fraktion@gruene-lev.de

Leverkusen, 19. Januar 2021

## **Stabiler Internetzugang auch für alle Schülerinnen und Schüler in den Unterküften für Geflüchtete: Dringlichkeitsantrag**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Richrath,

bitte setzen Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der zuständigen Gremien:

**Die Stadt Leverkusen ermöglicht allen Schülerinnen und Schülern in den Unterküften für Geflüchtete (zum Beispiel in der Sandstraße) den Zugang zum Internet. Sollten technische Schwierigkeiten oder Verzögerungen bei der Umsetzung einer dauerhaften Versorgung der Bewohnerinnen und Bewohner mit einem Internetzugang vorliegen, sollen mobile Zugriffspunkte über Mobilfunkanbieter eine provisorische Versorgung der Schülerinnen und Schüler mit einem Internetzugang sicherstellen.**

Begründung:

Für die Gewährleistung der Teilhabe an Bildung ist ein stabiler Internetanschluss für Schülerinnen und Schüler aktuell unabdingbar. Um die Möglichkeiten des Distanzunterrichts tatsächlich nutzen zu können, muss insbesondere geflüchteten Schülerinnen und Schülern ein Internetzugang zur Verfügung gestellt werden. Es besteht ansonsten die Gefahr, dass bereits bestehende Chancenungleichheiten im Bildungssystem weiter verstärkt werden.

Die Installation punktueller Internetzugänge über mobile Zugriffspunkte ist eine kostengünstige Sofortmaßnahme, die in der aktuellen Situation, zum Beispiel am Standort Sandstraße, bestehende Probleme der schulpflichtigen Kinder lindern kann.

Eine Ausweitung der Internetzugänge auf weitere nicht schulpflichtige Nutzerinnen und Nutzer sollte zunächst nicht oder nur dann in Betracht gezogen werden, wenn die Bandbreite dies sicher zulässt.

Eine besondere Dringlichkeit ergibt sich aus der aktuellen Situation im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Eindämmung der SARS-CoV2-Pandemie und der damit verbundenen Schließung der Schulen.

Mit freundlichen Grüßen,

Dirk Danlowski  
Ratsherr

Claudia Schulte  
Sachkundige Bürgerin

Roswitha Arnold  
Fraktionsvorsitzende

Florian David  
Sachkundiger Bürger